
Gemeinde St. Moritz

Reglement für die Pensionskasse der Gemeinde St. Moritz

vom 28. Oktober 2010

Reglement per 1. Januar 2011

1. Allgemeine Bestimmungen

Art.1.1 Name und Sitz

Unter dem Namen «Pensionskasse der Gemeinde St. Moritz» (in der Folge kurz Kasse genannt führt die Gemeinde St. Moritz eine selbständige Vorsorgeeinrichtung des öffentlichen Rechts mit Sitz in St. Moritz.

Art.1.2 Zweck

1. Die Kasse bezweckt die Kassenmitglieder, sowie deren Hinterbliebene gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und nach Massgabe dieses Reglementes gegen die wirtschaftliche Folge von Alter, Invalidität und Tod zu schützen.
2. Sie lässt sich in das Register für die berufliche Vorsorge eintragen.
3. Der Kasse können sich auch Körperschaften, Anstalten und Unternehmungen von öffentlichem Interesse, sowie angrenzende Gemeinden für ihr Personal anschliessen. Mit dem Anschluss werden die Arbeitgeber und ihre Arbeitnehmer den Bestimmungen des Reglementes unterstellt.

Art.1.3 Verhältnis zum BVG

1. Die Kasse verpflichtet sich, die Vorschriften des BVG einzuhalten und insbesondere dessen Mindestleistungen zu gewähren, auch wo dies im vorliegenden Reglement nicht ausdrücklich verlangt wird. Vorbehalten bleibt Abs. 2.
2. Die Kasse haftet nicht für Leistungen, welche auf unwahren oder fehlerhaften Angaben der Arbeitgeber beruhen.
3. Für jeden obligatorisch zu versichernden Arbeitnehmer führt die Kasse ein Alterskonto nach den gesetzlichen Vorschriften.

Art.1.4 Verhältnis zur AHV/IV

Neben den Kassenleistungen haben die Bezugsberechtigten Anspruch auf die Leistungen der AHV/IV.

2. Mitgliedschaft

Art.2.1 Obligatorium

1. Das Obligatorium beginnt frühestens am 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres.
2. Der Beitritt zur Kasse ist obligatorisch für alle Arbeitnehmer, deren Jahresbruttolohn bei den Arbeitgebern den im BVG Art. 2 festgelegten Mindestbetrag übersteigt. Vorbehalten bleibt Abs. 3.
3. In die Kasse werden diejenigen Arbeitnehmer nicht aufgenommen,
 - a) die anderweitig eine hauptberufliche selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben und, im letzteren Fall, für den daraus bezogenen Lohn bereits obligatorisch versichert sind;
 - b) die im Sinne der IV zu mindestens 70% invalid sind;

- c) deren Arbeitsverhältnis auf längstens drei Monate abgeschlossen worden ist; wird die Vertragsdauer später auf insgesamt mehr als drei Monate verlängert, so beginnt dann die Versicherung;
 - d) welche nicht oder voraussichtlich nicht dauernd in der Schweiz tätig sind und im Ausland genügend versichert sind, sofern sie ein entsprechendes Gesuch an die Kasse stellen.
4. Die Kasse übernimmt keine freiwillige Versicherung von teilbeschäftigten Arbeitnehmern für den Lohnanteil, den diese bei anderen als den in Art. 1.2, Abs. 3 genannten Arbeitgebern beziehen.

Art.2.2 Risikoversicherung, Vollversicherung

- 1. Die Risikoversicherung dauert bis zum Ende des Jahres, in welchem das 24. Altersjahr vollendet wird. Während dieser Zeit beschränkt sich der Versicherungsschutz nach Massgabe dieses Reglementes auf die vorzeitigen Risiken Tod und Invalidität.
- 2. Die Vollversicherung beginnt am 1. Januar nach Vollen-
dung des 24. Altersjahres.

Art.2.3 Beitrittsregelung

- 1. Die Versicherung beginnt an dem Tag, an dem der Arbeit-
nehmer aufgrund der Anstellung die Arbeit antritt oder
hätte antreten sollen, in jedem Fall aber im Zeitpunkt, da
er sich auf den Weg zur Arbeit begibt.
- 2. Die Aufnahme in die Kasse erfolgt in der Regel ohne ärzt-
liche Untersuchung. Die Kassenkommission kann jedoch
eine ärztliche Untersuchung durch einen von ihr bezeich-
neten Vertrauensarzt auf Kosten der Kasse anordnen.

Art.2.4 Auskunfts- und Meldepflicht

- 1. Die Kassenmitglieder und ihre Hinterlassenen sind ver-
pflichtet, der Kassenkommission alle für die Kasse erfor-

derlichen Auskünfte zu erteilen. Die Kassenkommission kann alle Unterlagen verlangen, die zum Nachweis von Ansprüchen notwendig sind.

2. Die Auskunftspflichtigen haften gegenüber der Kasse für die Folgen unrichtiger oder fehlender Angaben. Unrechtmässig bezogene Leistungen sind zurückzuerstatten; sie können mit künftigen Ansprüchen verrechnet werden. Von der Rückforderung kann abgesehen werden, wenn der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt. Der Rückforderungsanspruch verjährt mit Ablauf eines Jahres, nachdem die Kasse davon Kenntnis erhalten hat, spätestens aber mit Ablauf von 5 Jahren seit Auszahlung der Leistung. Wird er aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für welche das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist festsetzt, so ist diese Frist massgebend.
3. Die Arbeitgeber müssen der Kasse alle versicherungspflichtigen Arbeitnehmer melden und alle Angaben machen, die für die Kasse nötig sind.

Art.2.5 Austritt

1. Die Mitgliedschaft bei der Kasse endet mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sofern kein Anspruch auf Kassenleistungen gemäss Art. 5.2 bis Art. 5.6 entsteht.
2. Erfolgt der Austritt weniger als fünf Jahre vor dem regulamentarischen Rücktrittsalter, gilt er als vorzeitige Alterspensionierung gemäss Art. 5.2.4. Der Versicherte kann jedoch die Ausrichtung der Freizügigkeitsleistung verlangen, wenn er seine Erwerbstätigkeit weiterführt oder als arbeitslos gemeldet ist.
3. Mit der Ausrichtung der Freizügigkeitsleistung (Art. 5.7) erlöschen alle Ansprüche an die Kasse.
4. Für die Risiken Tod und Invalidität bleibt das Kassenmitglied während eines Monats nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses im bisherigen Umfang versichert, längstens jedoch bis zum Eintritt in ein neues Vorsorgeverhältnis.

Art.2.6 Wiedereintritt

Ausgetretene werden beim Wiedereintritt wie Neueintretende behandelt.

Art.2.7 Beurlaubung

1. Bei unbezahlttem Urlaub bleibt die Versicherung in der Regel bestehen.
2. Während der Dauer des unbezahlten Urlaubs hat der Versicherte ausser den persönlichen auch die Beiträge des Arbeitgebers an die Kasse zu leisten. Vorbehalten bleibt eine allfällige befristete Beteiligung des Arbeitgebers an den Beitragszahlungen.
3. Gerät der Beurlaubte mit seinen Beitragszahlungen mehr als sechs Monate in Verzug, so erlischt seine Mitgliedschaft, und er hat Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung. Dabei gelten die während des Urlaubs bezahlten Gesamtbeiträge als persönliche Einzahlungen im Sinne von Art. 5.7.1, Abs. 3a, wobei der Zuschlag nur auf dem Teil gewährt wird, der den persönlichen Beiträgen gemäss Art. 4.1.1. entspricht. Im übrigen gilt für die Regelung der Freizügigkeitsleistung Art. 5.7.2 sinngemäss. Bei Wiederaufnahme seiner Tätigkeit ist der Beurlaubte wie ein Neueintretender zu behandeln.
4. Anstelle der Beitragszahlung kann die Versicherung auch beitragsfrei weitergeführt werden, indem sinngemäss zu Art. 3.3 Abs. 6 die versicherte Besoldung bis auf Null reduziert wird.

Art.2.8 Versicherungsausweis, Information

1. Jeder Versicherte erhält über die Art seiner Mitgliedschaft und die Höhe der Leistungsansprüche jährlich einen Ausweis. Für das u.a. darauf angegebene, bis zum reglementarischen Rücktrittsalter projizierte Altersguthaben gilt eine massgebende Verzinsung von 2% (Realzins).
2. Den Rentenbezügern oder ihren gesetzlichen Vertretern werden die reglementarischen Kassenleistungen schriftlich eröffnet.

3. Die Kasse informiert die Kassenmitglieder jährlich im Rahmen des Bundesrechts über die Organisation, Tätigkeit und Vermögenslage der Kasse.

Art.2.9 Austritt eines Arbeitgebers

Für den Austritt eines Arbeitgebers mit seinem gesamten Bestand an versicherten Arbeitnehmern gelten die Bestimmungen von Art. 8.8.

3. Bemessungsgrundlagen

Art.3.1 Alter

1. Es gilt grundsätzlich das BVG-Alter als Differenz zwischen laufendem Kalenderjahr und Geburtsjahr, ausgenommen bei der vorzeitigen oder aufgeschobenen Alterspensionierung.
2. Bei vorzeitiger oder aufgeschobener Alterspensionierung gilt das auf ganze Monate genau ermittelte Alter am Berechnungstichtag. Angebrochene Monatsteile werden nicht berücksichtigt. Von den reglementarischen Umwandlungssätzen sind entsprechende Zwischenwerte zu ermitteln.

Art.3.2 Jahreslohn

Der Jahreslohn entspricht dem am Jahresanfang, bzw. bei Versicherungsbeginn vereinbarten Bruttolohn gemäss Gehaltsskala, einschliesslich Teuerungszulagen und 13. Monatslohn, jedoch ohne sonstige Zulagen.

Art.3.3 Versicherte Besoldung

1. Die versicherte Besoldung ist massgebend für die Ermittlung der Beiträge und der Renten.

2. Sie ist gleich dem Jahreslohn nach Art. 3.2, vermindert um den Koordinationsabzug gemäss Abs. 3.
3. Der Koordinationsabzug beträgt 30% des Jahreslohnes, im Maximum 87.5% der maximalen AHV-Altersrente. Bei Teilzeitbeschäftigten wird der Maximalbetrag entsprechend dem Beschäftigungsgrad reduziert.
4. Wenn durch eine Erhöhung des Koordinationsabzuges die versicherte Besoldung vermindert würde, bleibt die bisherige unverändert gültig.
5. Änderungen der versicherten Besoldung werden in der Regel jeweils auf den 1. Januar vorgenommen.
6. Bei einer Herabsetzung der versicherten Besoldung aus andern Gründen als Teilinvalidität oder Teilpensionierung kann die bisherige versicherte Besoldung längstens bis zum reglementarischen Rücktrittsalter beibehalten werden, sofern die Beiträge auf dem wegfallenden Teil von den Versicherten und Arbeitgebern voll weiterbezahlt werden.

Bei Besoldungsherabsetzungen, die auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrades zurückzuführen sind, besteht diese Möglichkeit erst nach dem 58. Altersjahr und sofern sich der Jahreslohn um höchstens die Hälfte reduziert.

7. Die Kassenkommission kann im Einvernehmen mit den Arbeitgebern eine höchste versicherte Besoldung festsetzen. Der Besitzstand ist zu wahren.

Art.3.4 Altersguthaben und Altersgutschriften

1. Allen Versicherten steht ein individuelles Altersguthaben zu, welches für die Berechnung der Leistungsansprüche massgebend ist. Das Altersguthaben wird geäuftet durch
 - Altersgutschriften
 - Freizügigkeitsleistungen
 - Einkaufssummen
 - Zinsgutschriften

Pensionskasse

2. Die Altersgutschriften betragen:

| Alter | | Altersgutschriften in % der versicherten Besoldung |
|-------|-----------|---|
| bis | 24 | 0.0 |
| 25 | – 29 | 7.0 |
| 30 | – 34 | 9.0 |
| 35 | – 39 | 11.0 |
| 40 | – 44 | 13.5 |
| 45 | – 49 | 16.0 |
| 50 | – 54 | 18.0 |
| 55 | – 59 | 20.0 |
| 60 | und älter | 22.0 |

3. Die Freizügigkeitsleistungen und Einkaufssummen werden ab Zahlungseingang verzinst, Altersgutschriften ab Ende des Kalenderjahres. Im Austrittsfall und im Pensionierungsfall wird das Altersguthaben bis zum Austritts- bzw. Pensionierungsdatum verzinst.
4. Der massgebende Zinssatz wird von der Kassenkommission festgesetzt.
5. Bei Invaliden ist das Altersguthaben auf der Basis der letzten versicherten Besoldung nach den Vorschriften der Kasse bis zum reglementarischen Rücktrittsalter weiterzuführen und zu verzinsen.

4. Finanzierung

Art.4.1 Jahresbeiträge

Die Jahresbeiträge sind in % der versicherten Besoldung wie folgt festgelegt:

| Alter | Beitrag Total | Versichertenbeiträge | | | Arbeitgeberbeiträge | | |
|-------------|------------------|----------------------|--------------------|-------|---------------------|--------------------|-------|
| | | Spar- beitrag | Risiko- beitrag | Total | Spar- beitrag | Risiko- beitrag | Total |
| bis 24 | 3.0 | 0.00 | 1.50 | 1.50 | 0.00 | 1.50 | 1.50 |
| 25 – 29 | 11.0 | 1.50 | 2.00 | 3.50 | 5.50 | 2.00 | 7.50 |
| 30 – 34 | 13.0 | 2.50 | 2.00 | 4.50 | 6.50 | 2.00 | 8.50 |
| 35 – 39 | 15.0 | 3.00 | 2.00 | 5.00 | 8.00 | 2.00 | 10.00 |
| 40 – 44 | 17.5 | 4.00 | 2.00 | 6.00 | 9.50 | 2.00 | 11.50 |
| 45 – 49 | 20.0 | 4.50 | 2.00 | 6.50 | 11.50 | 2.00 | 13.50 |
| 50 – 54 | 22.0 | 5.50 | 2.00 | 7.50 | 12.50 | 2.00 | 14.50 |
| 55 – 59 | 24.0 | 6.00 | 2.00 | 8.00 | 14.00 | 2.00 | 16.00 |
| 60 u. älter | 26.0 | 6.50 | 2.00 | 8.50 | 15.50 | 2.00 | 17.50 |

Art.4.2

Eingebrachte Freizügigkeitsleistungen/Einkaufssumme

1. Neueintretende haben alle Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorgeeinrichtungen, inklusive solche in Freizügigkeitspolicen oder -konten sichergestellte, vollumfänglich in die Kasse einzubringen.
2. Eine eingebrachte Freizügigkeitsleistung wird dem Altersguthaben (Art. 3.4 Abs. 1) zugeschlagen. Nach dem Eintritt eines Versicherungsereignisses eingehende Freizügigkeitsleistungen werden nicht rückwirkend angerechnet.
3. Zur Verbesserung der Kassenleistungen können jederzeit freiwillige Einkäufe geleistet werden, wobei jedoch das Altersguthaben bis höchstens auf die Prozentsätze nach Anhang I erhöht werden darf.
4. Leistungen aus freiwilligen Einkäufen dürfen innerhalb der nächsten 3 Jahre nach dem Einkauf nicht in Kapitalform aus der Kasse zurückgezogen werden. Wurden Vorbezüge für Wohneigentum getätigt, sind freiwillige Einkäufe erst nach Rückzahlung der Vorbezüge zulässig. In den letzten drei Jahren vor dem reglementarischen Rücktrittsalter gilt diese Einschränkung nicht mehr.

Von der Begrenzung ausgenommen sind die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung nach Art. 22c FZG.

Art.4.3 Zahlungsregelung

1. Die Beitragspflicht beginnt mit dem Kasseneintritt und endet mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses, spätestens mit dem Bezug der vollen Altersrente.
2. Die Jahresbeiträge der Versicherten werden durch monatliche Abzüge bei den Lohnzahlungen erhoben.
3. Die Arbeitgeber haben ihre Beiträge und jene ihrer Versicherten in der Regel monatlich der Kasse zu entrichten. Die Zahlungsmodalitäten werden von der Kasse festgelegt. Für nicht rechtzeitig bezahlte Beiträge sind Verzugszinsen zu vergüten.

4. Die Einkaufssummen sind jeweils im vereinbarten Zeitpunkt fällig und in einem Betrag zu entrichten.

Art.4.4 Zuwendungen

Der Kasse können jederzeit besondere Beiträge, Geschenke, Legate oder sonstige Zuwendungen übermacht werden.

Art.4.5 Zusätzliche Aufwendungen gemäss BVG

Die Beiträge an den Sicherheitsfonds werden aus dem Kasenvermögen finanziert.

Art.4.6 Ausserordentliche Aufwendungen der Arbeitgeber

Die Arbeitgeber haben alljährlich der Kasse zu vergüten:

- a) die auf sie entfallenden Anteile der von der Kasse ausbezahlten Teuerungszulagen an die Rentenbezüger.
- b) die Beiträge zur Verzinsung und Tilgung eines allfälligen versicherungstechnischen Fehlbetrages. Die Verzinsung berechnet sich zum technischen Zinsfuss der Kasse.

Art.4.7 Garantie

Die Politische Gemeinde St.Moritz übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Versicherungsleistungen der Kasse im Sinne des vorliegenden Reglementes. Sie kann die angeschlossenen Arbeitgeber anteilmässig an der Garantieleistung beteiligen.

5. Anspruch auf Leistungen

Art.5.1 Allgemeine Festsetzungen

5.1.1 Art der Leistungen

Die Kasse gewährt:

- Altersrenten
- Invalidenrenten
- Ehegattenrenten
- Waisen- und Kinderrenten
- Todesfallsummen
- Freizügigkeitsleistungen

5.1.2 Fälligkeit, Auszahlungsart

1. Die Berechtigung zum Bezug der Alters- oder Invalidenrente beginnt im Monat, für welchen die Besoldung oder eine entsprechende Ersatzleistung nicht mehr ausgerichtet wird. Die Rentenberechtigung des Ehegatten und der Waisen setzt in jenem Monat ein, in welchem die Besoldung oder eine allfällige Rente des Verstorbenen wegfällt, bzw. bei Vollwaisen die Ehegattenrente nicht mehr ausbezahlt wird. Für den Monat, in welchem der Anspruch erlischt, wird die volle Rate gewährt.
2. Der Versicherte kann den teilweisen Auskauf seiner reglementarischen Altersleistung verlangen. Ein entsprechender Antrag ist spätestens sechs Monate vor Entstehen des Anspruchs zu stellen. Der Antrag ist für den Versicherten verbindlich.
3. Der Kapitalbetrag darf höchstens einen Viertel des BVG-Altersguthabens ausmachen. Durch den Kapitalbezug ergibt sich eine entsprechende Reduktion des umzuwandelnden Altersguthabens.
Bei verheirateten Versicherten ist für den Kapitalbezug die schriftliche Zustimmung des Ehegatten erforderlich.
4. Die Kasse kann anstelle der Rente eine Kapitalabfindung ausrichten, wenn die Alters- oder die Invalidenrente weniger als 10%, die Ehegattenrente weniger als 6%, die Waisenrente weniger als 2% der Mindestaltersrente der AHV beträgt.
5. Mit der Ausrichtung einer Kapitalabfindung erlöschen für den entsprechenden Rententeil alle weiteren Ansprüche des Versicherten oder seiner Hinterlassenen an die Kasse.
6. Die Renten werden in monatlich gleich hohen Raten jeweils am Ende des Monats ausbezahlt.
7. Todesfallsummen und Abfindungen an Hinterlassene werden am Todestag oder beim Wegfall von Hinterlassenenrenten gemäss Art . 5.4.3, bzw. Art. 5.6.1, Kapitalabfindungen der Versicherten anstelle einer Rente bei Entstehung des Rentenanspruchs fällig. Sie werden in einem Betrag ausbezahlt.

8. Ist beim Entstehen des Leistungsanspruchs eine frühere Vorsorgeeinrichtung leistungspflichtig, erbringt die Kasse die Vorleistung im Rahmen der BVG-Mindestleistungen. Steht die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung fest, so nimmt sie auf diese Rückgriff.

5.1.3 Abtretung, Verpfändung, Verrechnung

1. Der Leistungsanspruch darf vor Fälligkeit weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleibt Abs. 2.
2. Der Versicherte kann bis drei 3 Jahre vor dem reglementarischen Rücktrittsalter seinen Anspruch auf Vorsorgeleistungen oder einen Betrag bis zur Höhe der Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf verpfänden (BG über die Wohneigentumsförderung vom 17.12.1993).
3. Der Leistungsanspruch darf mit Forderungen, die der Arbeitgeber der Kasse abgetreten hat, nur verrechnet werden, wenn diese sich auf Beiträge beziehen, die nicht vom Lohn abgezogen worden sind.

5.1.4 Vorbezug für Wohneigentum

Der Versicherte kann bis drei Jahre vor dem reglementarischen Rücktrittsalter von der Pensionskasse einen Betrag für Wohneigentum zum eigenen Bedarf geltend machen (BG über die Wohneigentumsförderung vom 17.12.1993).

5.1.5 Überversicherung

1. Die Kasse kürzt die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenleistungen, soweit sie zusammen mit andern anrechenbaren Einkünften 90% des mutmasslich entgangenen Jahreslohnes übersteigen.
2. Als anrechenbare Einkünfte gelten alle Leistungen, die der anspruchsberechtigten Person ausgerichtet werden, insbesondere

- Leistungen der AHV, IV UV oder MV
- Lohn- und Lohnersatzleistungen (z.B. Taggelder der Arbeitslosenversicherung)
- Leistungen der eigenen oder anderer Vorsorgeeinrichtungen
- Leistungen anderer in- oder ausländischer Sozialversicherungen.

Kapitalleistungen werden mit ihrem Rentenumwandlungswert angerechnet, Hilflosenentschädigungen, Abfindungen und ähnliche Leistungen werden nicht berücksichtigt. Bezüglern von Invalidenrenten wird überdies das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen angerechnet. Die Kasse ist nicht verpflichtet, Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der Unfall- oder der Militärversicherung auszugleichen, wenn der Anspruchsberechtigte den Versicherungsfall schuldhaft herbeigeführt hat.

3. Die Einkünfte nach Abs. 2 des Ehegatten und der Waisen werden zusammengerechnet.
4. Der Leistungsberechtigte hat der Kasse über alle anrechenbaren Einkünfte Auskunft zu geben. Die Kasse behält sich das Recht vor, diese Angaben zu überprüfen und notfalls selbständige Erhebungen anzustellen.
5. Die Kasse überprüft Voraussetzung und Umfang einer Kürzung nach Abs. 1 und passt ihre Leistungen bei wesentlich veränderten Verhältnissen an.

5.1.6 Ansprüche gegen haftpflichtige Dritte

Der Rückgriff gegen Haftpflichtige richtet sich nach dem Bundesrecht.

5.1.7 Kürzung der Leistungen bei schwerem Verschulden

Die Kasse kann ihre Leistungen im entsprechenden Umfang kürzen, wenn die AHV/IV eine Leistung kürzt, entzieht oder verringert, weil der Versicherte den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat oder sich einer Eingliederungsmassnahme der IV widersetzt.

5.1.8 Teuerungszulagen an Rentenbezüger

1. Die Teuerungszulagen an die Rentenbezüger werden von der Kasse und den Arbeitgebern einvernehmlich und im Rahmen der jeweiligen finanziellen Möglichkeiten festgesetzt und zusammen mit den Kassenrenten ausbezahlt.
2. Für Invaliden- und Hinterlassenenrenten müssen die kumulierten Zulagen mindestens den vom BVG (Art.36, Abs.1) im Rahmen der Mindestvorschriften geforderten entsprechen.

Art.5.2 Altersrenten

5.2.1 Anspruch im Rücktrittsalter

1. Als reglementarisches Rücktrittsalter gilt für männliche und weibliche Versicherte das jeweils gültige AHV-Rücktrittsalter. Auf den nächstfolgenden Monatsersten kann sowohl der Versicherte als auch der Arbeitgeber die Alterspensionierung verlangen. Vorbehalten bleibt Art. 5.2.3.
2. Auf den Zeitpunkt des Altersrücktrittes erlangt der Versicherte Anspruch auf eine lebenslängliche Altersrente.

5.2.2 Höhe der Altersrente

Die jährliche Altersrente errechnet sich aus dem vorhandenen Altersguthaben, multipliziert mit dem Umwandlungssatz gemäss Anhang II.

5.2.3 Aufschub der Alterspensionierung

1. Wird das Arbeitsverhältnis mit einem Versicherten über das reglementarische Rücktrittsalter hinaus fortgesetzt, ist die Rentenzahlung ganz oder teilweise bis zum tatsächlichen Altersrücktritt, längstens aber bis zum Alter 70 aufzuschieben. Die beidseitigen Sparbeiträge sind bis zu diesem Zeitpunkt auf der allenfalls entsprechend reduzierten versicherten Besoldung weiter zu entrichten.
2. Die jährliche Altersrente berechnet sich sinngemäss zu Art. 5.2.2.

5.2.4 Vorzeitige Alterspensionierung

1. Die vollständige oder teilweise vorzeitige Alterspensionierung ist frühestens fünf Jahre vor dem reglementarischen Rücktrittsalter möglich.
2. Auf Verlangen des Arbeitgebers kann in Ausnahmefällen ein Versicherter vorzeitig pensioniert werden, ohne dass er im Sinne dieses Reglementes invalid ist. Er hat Anspruch auf die im reglementarischen Rücktrittsalter mögliche, der Invalidenrente nach Art. 5.3.2 entsprechende ungekürzte Altersrente. Der Arbeitgeber hat der Kasse die sinngemäss nach Abs. 5 berechnete Einlage zu vergüten.
3. Sinngemäss zu Art. 5.1.5 ist ein weiterhin erzieltetes Erwerbseinkommen anzurechnen.
4. Erfolgt die vorzeitige Alterspensionierung auf Verlangen des Versicherten, wird die Altersrente sinngemäss zu Art. 5.2.2 berechnet.
5. Die Kürzung der Altersrente gegenüber der im reglementarischen Rücktrittsalter möglichen, der Invalidenrente nach Art. 5.3.2 entsprechenden Rente kann durch eine nach versicherungstechnischen Grundsätzen berechnete Einlage ganz oder teilweise ausgekauft werden. Wird der ursprünglich geplante vorzeitige Altersrücktritt nicht beansprucht, so wird die Altersrente auf 105% der im reglementarischen Rücktrittsalter maximal möglichen Rente beschränkt.

5.2.5 AHV-Überbrückungsrente

1. Als Ersatz der beim vorzeitigen Rentenbezug fehlenden AHV-Rente wird dem Versicherten auf sein Verlangen bis zum reglementarischen Rücktrittsalter eine AHV-Überbrückungsrente ausbezahlt. Zum Kostenausgleich ist die Altersrente der Kasse (Art.5.2.4) vom AHV-Rentenalter an um einen zusätzlichen Abzug zu reduzieren. Allfällig mitversicherte Hinterlassenenrenten werden im gleichen Verhältnis herabgesetzt. Stirbt der Bezüger einer AHV-Überbrückungsrente vor dem AHV-Rentenalter, sind Altersrente bzw. allfällig ausgelöste Hinterlassenenrenten sinngemäss zu reduzieren.

2. Die AHV-Überbrückungsrente ist frei wählbar, höchstens aber gleich der mutmasslichen AHV-Altersrente.
3. Der zusätzliche Abzug bemisst sich nach Anhang II auf dem Total der bezogenen AHV-Überbrückungsrenten. Er kann gemäss Art. 5.2.4, Abs. 5 ausgekauft werden.

Art.5.3 Invalidenrenten

5.3.1 Invaliditätsbegriff

1. Als Invalidität im Sinne dieses Reglementes gilt die ärztlich nachgewiesene, durch Krankheit, Gebrechen oder Körperverletzung entstandene, voraussichtlich dauernde gänzliche oder teilweise Erwerbsunfähigkeit.
2. Als vollinvalid gilt ein Versicherter, der im Sinne der IV zu mindestens 70% invalid ist. Teilinvalidität liegt vor, wenn die Invalidität weniger als 70%, mindestens aber 40% beträgt.
3. Der Invaliditätsgrad wird von der Kassenkommission aufgrund des Entscheides der IV-Stelle festgesetzt.

5.3.2 Vollinvalidität

1. Bei Vollinvalidität hat der Versicherte Anspruch auf eine jährliche, lebenslänglich zahlbare Invalidenrente.
2. Die Invalidenrente errechnet sich aus dem massgebenden Altersguthaben im reglementarischen Rücktrittsalter und dem in diesem Alter geltenden Umwandlungssatz nach Anhang II.
3. Das massgebende Altersguthaben besteht aus
 - a) dem Altersguthaben, das bis zum Entstehen des Anspruchs auf Invalidenrente erworben wurde,
 - b) den bis zum reglementarischen Rücktrittsalter fehlenden Altersgutschriften nach Art. 3.4 Abs. 2, berechnet auf der letzten versicherten Besoldung sowie
 - c) dem Zins von 2% pro Jahr auf den jeweiligen Beträgen nach lit. a) und b).

4. Während der Dauer der Vollinvalidität, frühestens nach Beendigung der vertraglich vereinbarten Lohnfortzahlung, ruht die beidseitige Beitragspflicht.

5.3.3 Teilinvalidität

1. Bei Teilinvalidität hat der Versicherte Anspruch auf eine jährliche lebenslänglich zahlbare Teilinvalidenrente, die sich nach Art. 5.3.2 Abs. 2 bemisst und entsprechend dem Invaliditätsgrad wie folgt festgesetzt wird:
 - a) ein Invaliditätsgrad von mindestens 60% begründet eine Teilrente von 75%
 - b) ein Invaliditätsgrad von mindestens 50% begründet eine Teilrente von 50%
 - c) ein Invaliditätsgrad von mindestens 40% begründet eine Teilrente von 25%
 - d) ein Invaliditätsgrad unter 40% begründet keinen Rentenanspruch.
2. Wird der Teilinvalid durch den bisherigen Arbeitgeber weiterbeschäftigt, so wird die versicherte Besoldung herabgesetzt, indem allenfalls der Maximalbetrag des Koordinationsabzuges entsprechend der Teilrente nach Abs. 1 vermindert wird. Auf der reduzierten versicherten Besoldung sind die reglementarischen Beiträge zu entrichten.
3. Das Altersguthaben wird bei Teilinvalidität entsprechend der Teilrente nach Abs. 1 aufgeteilt. Der der verbleibenden Erwerbsfähigkeit entsprechende Teil wird wie für einen aktiven Versicherten, der andere Teil wird gemäss Art. 3.4 Abs. 5 weitergeführt.
4. Wird das Arbeitsverhältnis mit einem Teilinvaliden aufgelöst, hat er neben der Teilrente Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung gemäss Art. 5.7.1, die dem aktiven Altersguthaben im Sinne von Abs. 3 hiavor entspricht.

5.3.4 Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit

1. Bei voller oder teilweiser Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit lebt das Versicherungsverhältnis im entsprechenden Umfang wieder auf.

2. Ist damit eine Erhöhung oder Herabsetzung der zu Beginn der Invalidität versicherten Besoldung verbunden, sind Art. 3.3 Abs. 6 (versicherte Besoldung) und Art. 5.3.3 (Teilinvalidität) sinngemäss anzuwenden.

5.3.5 Kontrolluntersuchungen

Die Bezüger von Invalidenrenten sind verpflichtet, sich den durch die Kassenkommission angeordneten ärztlichen Kontrolluntersuchungen zu unterziehen. Im Weigerungsfall kann die Kassenkommission eine Kürzung oder den Wegfall der Invalidenrente aussprechen.

5.3.6 Ende des Anspruchs

Der Anspruch auf Invalidenrenten erlischt mit dem Tode oder mit dem Wegfall der Invalidität.

5.3.7 Besondere Anspruchsvoraussetzungen

Für Personen, die infolge eines Geburtsgebrechens oder als Minderjährige invalid wurden und bei Aufnahme der Erwerbstätigkeit zu mindestens 20%, aber weniger als 40% arbeitsunfähig waren, ist Art. 23 lit. b) und c) BVG zu beachten.

Art.5.4 Ehegattenrenten

5.4.1 Anspruch auf Ehegattenrenten

1. Der hinterbliebene Ehegatte eines Versicherten oder Rentenbezügers hat Anspruch auf eine lebenslänglich zahlbare Ehegattenrente.
2. Erfolgt die Eheschliessung erst nach der Invaliden- oder Alterspensionierung des Versicherten, besteht der Anspruch auf Ehegattenrente nur, wenn der hinterbliebene Ehegatte für den Unterhalt von Kindern aufkommen muss oder die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so hat er Anspruch auf eine einmalige Abfindung von drei Jahres-Ehegattenrenten. Die Todesfallsumme gemäss Art. 5.6 wird an diese Abfindung angerechnet.

3. Der geschiedene Ehegatte hat Anspruch auf eine Ehegattenrente, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und ihm im Scheidungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde. Die Leistungen der Kasse können jedoch um jenen Betrag gekürzt werden, um den sie zusammen mit den Leistungen der übrigen Versicherungen, insbesondere AHV und IV, den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigen.

5.4.2 Höhe der Ehegattenrente

1. Die jährliche Ehegattenrente beträgt in Prozenten der versicherten oder laufenden Invaliden- bzw. Altersrente
 - 65,0%, wenn gleichzeitig Waisenrenten ausbezahlt sind,
 - 72,5%, wenn keine Waisenrenten ausbezahlt oder bisherige Waisenrenten erloschen sind.
2. Ist der hinterbliebene Ehegatte um mehr als 15 Jahre jünger als der Verstorbene, so wird die Ehegattenrente für jedes volle Jahr über diesen Altersunterschied hinaus um 3% ihres Betrages, höchstens aber um 50% gekürzt. Vorbehalten bleibt ferner die Gewährung der Witwenrente nach den Mindestvorschriften des BVG.

5.4.3 Wiederverheiratung

Mit der Wiederverheiratung des Ehegatten oder des geschiedenen Ehegatten erlischt sein Anspruch auf Ehegattenrente. Der Bezüger erhält eine einmalige Abfindung im zweifachen Betrag seiner Jahres-Ehegattenrente, mit deren Auszahlung alle seine Ansprüche an die Kasse erlöschen.

5.4.4 Lebenspartnerrente

1. Unter den gleichen Voraussetzungen wie Ehegatten hat der vom Versicherten bezeichnete Lebenspartner verschiedenen oder gleichen Geschlechts Anspruch auf eine Lebenspartnerrente in der Höhe der Ehegattenrente, sofern

- a) beide Partner unverheiratet sind
 - b) der hinterbliebene Partner vom verstorbenen Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden ist, oder
 - c) die Lebensgemeinschaft ununterbrochen mindestens 5 Jahre bis zum Tod des Versicherten gedauert hat oder der hinterbliebene Partner für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss.
2. Die Lebensgemeinschaft bzw. die Unterstützung muss in einer schriftlichen, beglaubigten Vereinbarung festgehalten und der Kasse zu Lebzeiten des Versicherten gemeldet worden sein. Das Gesuch um Ausrichtung einer Lebenspartnerrente ist der Kasse spätestens 3 Monate nach dem Tod des Versicherten einzureichen.
 3. Bezieht der Ansprecher einer Lebenspartnerrente bereits eine Witwen-/Witwerrente der AHV oder einer anderen Vorsorgeeinrichtung oder eine Lebenspartnerrente aus beruflicher Vorsorge, so besteht kein Anspruch auf eine Lebenspartnerrente.
 4. Geht der rentenberechtigte Lebenspartner eine neue Lebenspartnerschaft ein oder heiratet er, so erlischt sein Anspruch auf die Lebenspartnerrente. Der Bezüger erhält eine einmalige Abfindung im dreifachen Betrag seiner Jahres-Lebenspartnerrente, mit deren Auszahlung alle seine Ansprüche an die Kasse erlöschen.

5.4.5 Eingetragene Partnerschaft

Eingetragene Partner nach Partnerschaftsgesetz sind in allen Belangen den Ehegatten gleichgestellt.

Art.5.5 Waisen- und Kinderrenten

5.5.1 Anspruch auf Waisenrenten

1. Die Kinder eines verstorbenen männlichen oder weiblichen Versicherten oder Rentenbezügers haben Anspruch auf Waisenrenten, ebenso Pflegekinder, sofern der Verstorbene für ihren Unterhalt aufzukommen hatte.

2. Der Anspruch auf Waisenrenten besteht bis zur Vollendung des 18. Altersjahres. Für die in Ausbildung stehenden Kinder, die nicht zugleich hauptamtlich berufstätig sind, besteht der Anspruch bis zu deren Abschluss, längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Altersjahres.
3. Für zu mindestens 70% invalide Kinder besteht der Anspruch bis zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit, längstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres.

5.5.2 Anspruch auf Kinderrenten

Männliche und weibliche Invalide oder Altersrentenbezüger erhalten für Kinder, die gemäss Art.5.5.1 Anspruch auf Waisenrenten hätten, Kinderrenten in der Höhe der Halbwaisenrenten. Bei Teilinvalidität des Rentenbezügers sind die Kinderrenten sinngemäss zu Art. 5.3.3 dem Invaliditätsgrad anzupassen.

5.5.3 Höhe der Waisen- und Kinderrenten

1. Die jährlichen Waisen-, bzw. Kinderrenten betragen für jedes Kind 20% der versicherten oder laufenden Invaliden- bzw. Altersrente. Für Vollwaisen wird dieser Ansatz verdoppelt, vorbehältlich Abs. 2.
2. Für Vollwaisen, deren beide Elternteile in einer Vorsorgeeinrichtung versichert waren, wird der Ansatz nach Abs. 1 nicht erhöht.
3. Sofern der Vater seinen Unterhaltspflichten gegenüber den Kindern nachweisbar nicht nachkommt, kann die Kassenkommission die Waisenrenten bis zur Höhe der Vollwaisenrenten heraufsetzen.

Art.5.6 Todesfallsummen

5.6.1 Anspruch auf die Todesfallsumme

1. Sind nach dem Tode eines männlichen oder weiblichen Versicherten, Invaliden- oder Altersrentners keine oder nur vorübergehend Hinterlassenenrenten auszuzahlen, so wird eine Todesfallsumme fällig.

2. Anspruch auf die volle Todesfallsumme haben
 - a) der überlebende, nicht rentenberechtigte Ehegatte und die Waisen, bei deren Fehlen
 - b) natürliche Personen, die vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit dem Versicherten in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tode ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss. Kein Anspruch auf die Todesfallsumme besteht, wenn die begünstigte Person eine Witwer- oder Witwenrente bezieht. Bei Fehlen
 - c) die nicht im Sinne von Art. 5.5.1 rentenberechtigten Kinder.
3. Personen nach Abs. 2 lit. b) und c) sind anspruchsberechtigt, wenn sie der Kasse schriftlich gemeldet wurden. Die Mitteilung sollte zu Lebzeiten des Versicherten bei der Kasse vorliegen.

Fehlt eine solche Mitteilung, sind Ansprüche auf die Todesfallsumme innert 3 Monaten nach dem Tod des Kassenmitgliedes schriftlich und begründet bei der Kasse geltend zu machen. Diese Bedingungen sind auch für das Geltendmachen der Ansprüche von Personen aus den übrigen Gruppen einzuhalten.
4. Der Versicherte kann in einer schriftlichen Verfügung die Reihenfolge der Begünstigten innerhalb einer Gruppe (Abs. 2 lit. a), b) oder c) bzw. Abs 2) sowie deren Anteile festlegen. Bei Fehlen erhalten die Bezugsberechtigten einer Gruppe gleichgrosse Anteile.

5.6.2 Höhe der Todesfallsumme

Die Todesfallsumme ist gleich dem dreifachen Betrag der versicherten oder laufenden jährlichen Invaliden- bzw. Altersrente, vermindert um allfällig bereits ausbezahlte Renten.

Art. 5.7 Freizügigkeitsleistungen

5.7.1 Höhe der Freizügigkeitsleistung

1. Beim Austritt eines Versicherten gemäss Art. 2.5, bzw. Art. 2.9 hat er Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung.
2. Die Freizügigkeitsleistung wird im Sinne von Art. 15 FZG (Beitragsprimat) berechnet. Sie entspricht dem bis zum Austritt erworbenen Altersguthaben, mindestens aber dem Betrag nach Abs. 3.
3. Die Freizügigkeitsleistung entspricht mindestens der Summe aus
 - a) den vom Versicherten bezahlten Sparbeiträgen nach Art. 4.1 inkl. Zinsen zum BVG-Mindestzinssatz, erhöht um einen Zuschlag von 4% pro Altersjahr ab dem 20. Altersjahr, höchstens aber von 100%, und
 - b) der von ihm eingebrachten Freizügigkeitsleistungen und zusätzlich geleisteten Einkaufssummen (Art. 4.2) samt Zins und Zinseszins zum BVG-Mindestzinssatz für die Zeit seit ihrer Erbringung.
4. Die Freizügigkeitsleistung muss in jedem Fall mindestens dem Altersguthaben nach BVG entsprechen.

5.7.2 Erfüllung der Freizügigkeitsleistung

1. Die Freizügigkeitsleistung gemäss Art. 5.7.1 ist zugunsten des Austretenden auf die Vorsorgeeinrichtung des neuen Arbeitgebers zu übertragen. Kann sie nicht überwiesen werden, so wird damit auf Anweisung des Versicherten eine Freizügigkeitspolice erworben oder ein Freizügigkeitskonto errichtet. Bleibt die Anweisung aus, wird die Freizügigkeitsleistung samt Zins frühestens nach sechs Monaten, spätestens aber nach zwei Jahren der Auffang-einrichtung überwiesen. Vorbehalten bleibt Abs. 2 hier-nach sowie Art. 25f FZG.
2. Versicherte können die Barauszahlung der Austrittsleistung verlangen, wenn:
 - a) sie den Wirtschaftsraum Schweiz oder Liechtenstein endgültig verlassen;

- b) sie eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen und der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht mehr unterstehen; oder
- c) die Austrittsleistung weniger als ihr Jahresbeitrag beträgt.

Die Kassenkommission kann in den Fällen a) und b) Nachweise verlangen.

An verheiratete Versicherte ist die Barauszahlung nur mit schriftlicher Zustimmung der Ehegatten zulässig.

3. Die Freizügigkeitsleistung wird fällig mit dem Austritt aus der Kasse. Ab diesem Zeitpunkt ist sie zum BVG-Mindestzinssatz zu verzinsen. Überweist die Kasse die Freizügigkeitsleistung nicht innert 30 Tagen nach Erhalt der notwendigen Angaben, ist ab Ende dieser Frist der gesetzliche Verzugszins zu zahlen.
4. Mit der Erbringung der Freizügigkeitsleistung erlischt der Anspruch auf Altersleistungen. Sind gemäss Art. 2.5, Abs. 4 Todes- oder Invaliditätsleistungen auszurichten, kann die erbrachte Freizügigkeitsleistung angerechnet werden.

6. Vermögen und finanzielles Gleichgewicht

Art.6.1 Deckungsmittel

Zur Sicherstellung der Kassenverpflichtungen dienen:

- das Kassenvermögen und seine Erträge
- die Einzahlungen der Versicherten und Arbeitgeber
- eingebrachte Freizügigkeitsleistungen
- sonstige freiwillige Zuwendungen und Schenkungen.

Art.6.2 Vermögensanlagen

1. Das Kassenvermögen ist dem Sinn und Zweck der Kasse entsprechend und unter Wahrung der grösstmöglichen Sicherheit sorgfältig anzulegen.

2. Es kann teilweise in einer Forderung gegenüber den Arbeitgebern bestehen, die zu marktüblichen Ansätzen zu verzinsen ist.
3. Im übrigen gelten die Anlagevorschriften des BVG.

Art.6.3 Rechnungsführung

1. Die Kasse führt eine eigene Rechnung, die mit dem 31. Dezember abgeschlossen wird.
2. Zur Kontrolle der Verbindlichkeiten nach BVG wird neben den Rechnungen gemäss Abs. 1 eine sogenannte Schattenrechnung nach den Vorschriften dieses Gesetzes geführt. Diese dient insbesondere auch im Sinne von Art. 4.5 zur Ermittlung der Beiträge an den gesamtschweizerischen Sicherheitsfonds, bzw. als Basis zur Geltendmachung allfälliger Ansprüche an diesen Fonds, sowie zur Berechnung der allfällig für Sondermassnahmen bereitzustellenden Mittel.

Art.6.4 Verwaltungskosten

Die Kosten der Verwaltung werden von der Gemeinde getragen. Die Kasse vergütet ihr dafür jährlich Fr. 12 000.–.

Art.6.5 Versicherungstechnische Überprüfung

1. Die Kasse ist in der Regel jährlich durch einen anerkannten Experten für berufliche Vorsorge anhand einer nach den Grundsätzen des Kapitaldeckungsverfahrens für die geschlossene Kasse zu erstellenden versicherungstechnischen Bilanz zu überprüfen. Eine solche Überprüfung ist vor allem aber auch vorgängig von grundlegenden Reglementsänderungen vorzunehmen.
2. Die Überprüfung soll Aufschluss geben, ob die Kasse ihre künftigen Verpflichtungen mit den reglementarischen Aufwendungen und den vorhandenen Mitteln erfüllen kann. Dabei sind die technischen Grundlagen jeweils den veränderten Verhältnissen anzupassen.

3. Die Überprüfung soll im übrigen auch aufzeigen, ob die reglementarischen Bestimmungen bezüglich Leistungen und Finanzierung den gesetzlichen Vorschriften des BVG entsprechen.

Art.6.6 Ausserordentliche Verhältnisse

Wenn infolge ausserordentlicher Ereignisse wie Krieg, Epidemien, Katastrophen, Entwertung von Kassenvermögen etc. die Grundlagen der Versicherung eine wesentliche Änderung erfahren haben oder erfahren werden, hat der Gemeinderat auf Antrag der Kassenkommission im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde unverzüglich die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Art.6.7 Sanierungsmassnahmen

1. Ergibt die periodische Überprüfung gemäss Art. 6.5 des anerkannten Experten für berufliche Vorsorge, dass die Kasse ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, hat der Gemeinderat auf Antrag der Kassenkommission die nötigen Massnahmen zu treffen. Dabei können die laufende Finanzierung oder die Leistungen den Gegebenheiten angepasst werden.
2. Bei Unterdeckung muss die Kasse die Aufsichtsbehörde, die Arbeitgeber, die Versicherten sowie die Rentenbezüger über das Ausmass und die Ursachen der Unterdeckung sowie die ergriffenen Massnahmen informieren.
3. Sofern andere Massnahmen nicht zum Ziel führen, kann die Kasse während der Dauer der Unterdeckung
 - a) von Arbeitgebern und Versicherten Beiträge zur Behebung einer Unterdeckung erheben; der Beitrag der Arbeitgeber muss mindestens gleich hoch sein wie die Summe der Beiträge ihrer Versicherten;
 - b) von Rentenbezügern einen Beitrag zur Behebung einer Unterdeckung erheben. Die Erhebung des Beitrags erfolgt durch Verrechnung mit den laufenden Renten. Der Beitrag darf nur auf dem Teil der lau-

fenden Renten erhoben werden, der in den letzten zehn Jahren vor der Einführung dieser Massnahme durch gesetzlich oder reglementarisch nicht vorgeschriebene Erhöhungen entstanden ist. Die Höhe der Renten bei Entstehung des Rentenanspruchs bleibt auf jeden Fall gewährleistet, wie auch die Versicherungsleistungen der obligatorischen Vorsorge in keiner Weise geschmälert werden dürfen.

4. Sofern sich die vorstehenden Massnahmen als ungenügend erweisen, kann die Kasse den Mindestzinssatz nach BVG während der Dauer der Unterdeckung, längstens jedoch während fünf Jahren unterschreiten. Die Unterschreitung darf höchstens 0.5% betragen.
5. Die Arbeitgeber können gemäss Art. 65e BVG im Falle einer Unterdeckung Einlagen in ein gesondertes Konto Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht vornehmen und auch Mittel der ordentlichen Arbeitgeberbeitragsreserven auf dieses Konto übertragen.
6. Liegt eine Unterdeckung vor, erstellt der Experte jährlich einen versicherungstechnischen Bericht. Er äussert sich insbesondere darüber, ob die vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen und orientiert über deren Wirksamkeit.

Er erstattet der Aufsichtsbehörde Bericht, wenn die Kasse keine oder ungenügende Massnahmen ergreift, um die Unterdeckung zu beheben.

Art. 6.8 Teilliquidation

Die Voraussetzungen und das Verfahren zur Teilliquidation werden in einem besonderen Reglement festgehalten.

7. Organisation und Verwaltung

Art.7.1 Organe

Die Organe der Kasse sind

- der Gemeinderat
- die Kassenkommission

Art.7.2 Gemeinderat

Der Gemeinderat ist zuständig:

- für die Bezeichnung der von der Gemeinde St. Moritz zu stellenden Arbeitgeber-Vertreter in der Kassenkommission.
- für Erlass und Änderung des Reglementes.

Er nimmt Kenntnis von der Jahresrechnung und vom Kontrollstellenbericht.

Art.7.3 Kassenkommission

7.3.1 Zusammensetzung, Wahlverfahren

1. Die Kassenkommission besteht aus sechs Mitgliedern, wovon drei von der Gemeinde als Arbeitgeber-Vertreter bezeichnet werden.
2. Die drei Vertreter der Arbeitnehmer werden aus dem Kreis der Versicherten gewählt. Die Wahl wird vom Personalverband der Gemeinde St. Moritz durchgeführt.

7.3.2 Konstituierung, Amtsdauer und Beschlussfassung

1. Die Kassenkommission konstituiert sich selbst.
2. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre, Wiederwahl ist zulässig.
3. Die Kassenkommission besammelt sich so oft, als es vom Präsidenten für die Erledigung der Geschäfte als notwendig erachtet wird. Sie ist beschlussfähig, wenn

mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Ihre Beschlüsse werden mit einfachem Mehr gefasst, bei Stimmengleichheit hat der Präsident den Stichentscheid.

7.3.3 Aufgaben

1. Die Kassenkommission leitet die Kasse und behandelt alle Angelegenheiten, welche nicht durch das Reglement ausdrücklich einem andern Organ vorbehalten sind.
2. Sie ist insbesondere zuständig für
 - Antragsstellung an den Gemeinderat betreffend Erlass und Änderung des Reglementes;
 - Entscheid über den Anschluss anderer Arbeitgeber im Sinne von Art. 1.2 Abs. 3;
 - Bezeichnung der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vorsorge;
 - Behandlung des Kontrollstellen-Berichtes und des Berichtes des Experten für berufliche Vorsorge;
 - Anlage des Kassenvermögens;
 - Entgegennahme und Behandlung aller die Pensionskasse betreffenden Fragen, insbesondere Anträge, Vorschläge und Anregungen der Arbeitgeber, Versicherten oder Rentenbezüger.
3. Die Kassenkommission bezeichnet die Personen, welche die Kasse durch ihre Unterschrift rechtsgültig vertreten. Die Zeichnungsberechtigung erfolgt kollektiv zu zweien.
4. Für besondere Aufgaben kann die Kassenkommission Ausschüsse einsetzen. Diesen können auch Fachleute angehören, die nicht Mitglieder der Kassenkommission sind.

Art.7.4 Verwaltung und Rechnungsführung

1. Die Verwaltung und Rechnungsführung der Kasse obliegt der Gemeindekasse der Gemeinde St. Moritz. Der Rechnungsführer nimmt als Beisitzer mit beratender Stimme an den Sitzungen der Kassenkommission teil, sofern er nicht selbst Kommissions-Mitglied ist.

2. Für bestimmte Verwaltungsaufgaben können auf vertraglicher Basis Dritte beauftragt werden.

Art.7.5 Kontrolle

1. Die Revisionsstelle muss die vom BVG vorgeschriebenen Zulassungsbedingungen erfüllen. Sie hat alljährlich die formelle Geschäftsführung, die Rechnung und die Kapitalanlagen der Kasse zu prüfen und hierüber den zuständigen Kassen-Organen und der Aufsichtsbehörde Bericht zu erstatten.
2. Die periodische versicherungstechnische Überprüfung der Pensionskasse obliegt dem Experten für berufliche Vorsorge.

Art.7.6 Schweigepflicht

Die Organe der Kasse sind zur Verschwiegenheit über die ihnen zur Kenntnis gelangenden persönlichen und finanziellen Verhältnisse der Versicherten und Rentner sowie deren Angehörigen verpflichtet. Verletzung der Schweigepflicht ist strafbar und berechtigt den Gemeinderat zur sofortigen Amtsenthebung des Fehlbaren. Die Schweigepflicht besteht auch nach dem Ausscheiden aus dem Amte weiter.

8. Übergangsbestimmungen per 1. Januar 2011

Art.8.1 Versicherte

8.1.1 Grundsatz

Alle am 31.12.2010 der Pensionskasse angeschlossenen Aktiv-Versicherten der Rentenkasse und der BVG-Kasse werden per 1.1.2011 dem neuen Reglement unterstellt.

8.1.2 Startguthaben

1. Als Startguthaben per 1.1.2011 der bisher versicherten Personen gilt die nach Art. 6.5 bzw. Art. 7.4 des bisherigen Reglementes berechnete Freizügigkeitsleistung am 31.12.2010.
2. Die Startguthaben und allfälligen Besitzstandsgutschriften nach Art. 10.1.4 gelten bei der Anwendung von Art. 5.7.1 Abs. 3b als eingebrachte Freizügigkeitsleistungen.

8.1.3 Versicherte Besoldung

Die per 31.12.2010 versicherte Besoldung wird unter Anwendung des neuen Koordinationsabzuges gemäss Art. 3.3 Abs. 3 neu berechnet. Sie entspricht mindestens der bisher beitragspflichtigen Besoldung.

8.1.4 Besitzstandsgutschriften

1. Die Arbeitgeber können für ihre Versicherten, die am 31.12.2010 der Kasse angeschlossen sind, Besitzstandsregelungen treffen. Diese bestehen in der Gewährung einmaliger Besitzstandsgutschriften, die von den Arbeitgebern finanziert werden.
2. Die volle Besitzstandsgutschrift ergibt sich dann, wenn das Startguthaben nach Art.10.1.2 Abs. 1 zusammen mit den noch möglichen Altersgutschriften auf der Basis der nach Art. 10.1.3 am 31.12.2010 neu berechneten versicherten Besoldung und den Zinsen von 2% (Realzins) zu einer geringeren Altersrente als nach bisheriger Regelung am 31.12.2010 führt.
3. Die näheren Bedingungen für den Anspruch auf eine Besitzstandsgutschrift (z.B. altersabhängiger Anteil, Mitgabe bei vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses etc.) werden in einer speziellen Weisung festgehalten. Diese wird auf Antrag des Arbeitgebers vom Gemeinderat erlassen.

8.1.5 Leistungen bei Invalidität bzw. vorzeitigem Tod

1. Für die am 31.12.2010 der Kasse angeschlossenen Versicherten gilt bei Invalidität bzw. vorzeitigem Tod nach diesem Stichtag der betragsmässige Besitzstand auf den am 31.12.2010 gemäss bisherigem Reglement versicherten Leistungen.
2. Vorbehalten bleiben Vorbezüge für Wohneigentum, Kapitalabtretungen bei Scheidung oder Änderungen des Beschäftigungsgrades mit Senkung der versicherten Besoldung. In diesen Fällen erlischt der Besitzstand.

Art.8.2 Rentenbezüger

Die laufenden und anwartschaftlichen Ansprüche der am 31.12.2010 bestehenden Rentenbezüger bleiben unter Berücksichtigung bisheriger Besitzstandsregelungen gewahrt.

9. Schlussbestimmungen

Art.9.1 Lücken im Reglement

In Fällen, für welche das Reglement keine Bestimmungen enthält, kann die Kassenkommission eine dem Sinn und Zweck der Kasse entsprechende Regelung treffen. Dabei ist der durch das Gesetz oder Vorschriften der Aufsichtsbehörden gegebene Rahmen zu beachten.

Art.9.2 Reglementsänderungen

Reglementsänderungen können jederzeit unter Beachtung der gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Bestimmung auf Antrag der Kassenkommission durch den Gemeinderat vorgenommen werden.

Art.9.3 Streitigkeiten

1. Streitigkeiten zwischen Anspruchsberechtigten, bzw. Arbeitgebern und der Kassenkommission werden vom Gemeindevorstand entschieden.
2. Entscheide des Gemeindevorstandes können an das kantonale Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

Art.9.4 Auflösung

1. Im Falle der Auflösung der Kasse kann der Mitgliederbestand der Kasse mit Aktiven und Passiven vertraglich auf eine andere Versicherungseinrichtung übertragen werden. Ein solcher Übergang ist für sämtliche Kassenmitglieder verbindlich.
2. Erfolgt kein Übergang auf eine andere Versicherungseinrichtung, so wird die Kasse liquidiert. Aus den vorhandenen Mitteln sind zunächst die Ansprüche der Rentenbezüger durch entsprechenden Einkauf bei einer andern Versicherungseinrichtung sicherzustellen. Die Ansprüche der Versicherten sind gestützt auf eine versicherungstechnische Begutachtung festzusetzen. Im übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Angeschlossene Arbeitgeber haben keinen Anspruch auf Vermögenswerte, die vor ihrem Anschluss geschaffen wurden.

Art.9.5 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft und ersetzt das am 30. Oktober 1987 erlassene und verschiedentlich teilrevidierte Reglement.

Vom Gemeinderat genehmigt am 28. Oktober 2010

Namens des Gemeinderates St. Moritz

Der Ratspräsident:
Thomas J. Meile

Die Gemeindeschreiberin:
Barbara A. Stecher

Am 15. Dezember 2010 von der Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht zur Kenntnis genommen (Normenkontrolle).

Anhang I

Einkaufstabelle

Das Altersguthaben darf durch freiwillige Einkäufe die nachstehenden Prozentsätze, berechnet auf der versicherten Be-
soldung im Zeitpunkt des Einkaufs, nicht übersteigen.

| Alter | Männer + Frauen | Alter | Männer + Frauen |
|-------|-----------------|-------|-----------------|
| 25 | 7.0 | 45 | 260.4 |
| 26 | 14.1 | 46 | 281.6 |
| 27 | 21.4 | 47 | 303.2 |
| 28 | 28.9 | 48 | 325.3 |
| 29 | 36.4 | 49 | 347.8 |
| 30 | 46.2 | 50 | 372.7 |
| 31 | 56.1 | 51 | 398.2 |
| 32 | 66.2 | 52 | 424.2 |
| 33 | 76.5 | 53 | 450.6 |
| 34 | 87.1 | 54 | 477.6 |
| 35 | 99.8 | 55 | 507.2 |
| 36 | 112.8 | 56 | 537.3 |
| 37 | 126.0 | 57 | 568.1 |
| 38 | 139.6 | 58 | 599.5 |
| 39 | 153.4 | 59 | 631.4 |
| 40 | 169.9 | 60 | 666.1 |
| 41 | 186.8 | 61 | 701.4 |
| 42 | 204.1 | 62 | 737.4 |
| 43 | 221.6 | 63 | 774.2 |
| 44 | 239.6 | 64 | 811.7 |
| | | 65 | 849.9 |

Anhang II

Umwandlungssätze

gültig ab 1. Januar 2011

Die jährliche Altersrente ergibt sich aus dem bei der Alterspensionierung vorhandenen Altersguthaben, multipliziert mit dem Umwandlungssatz (Prozentsatz) gemäss nachstehenden Skalen:

Bei nicht ganzzahligen Altern sind entsprechende Zwischenwerte zu rechnen.

Männer:

| | Pensionierungsalter | | | | | | | | | | |
|-----------------|---------------------|------|------|------|------|-------------|------|------|------|------|------|
| | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 | 65 | 66 | 67 | 68 | 69 | 70 |
| Jahrgang | | | | | | | | | | | |
| 1940 | | | | | 6,97 | 7,15 | 7,35 | 7,56 | 7,78 | 8,03 | 8,29 |
| 1941 | | | | 6,75 | 6,92 | 7,10 | 7,29 | 7,50 | 7,73 | 7,97 | 8,23 |
| 1942 | | | 6,59 | 6,75 | 6,92 | 7,10 | 7,29 | 7,50 | 7,73 | 7,97 | 8,23 |
| 1943 | | 6,39 | 6,54 | 6,70 | 6,87 | 7,05 | 7,24 | 7,45 | 7,67 | 7,91 | 8,17 |
| 1944 | 6,24 | 6,39 | 6,54 | 6,70 | 6,87 | 7,05 | 7,24 | 7,45 | 7,67 | 7,91 | 8,17 |
| 1945 | 6,20 | 6,34 | 6,49 | 6,65 | 6,82 | 7,00 | 7,19 | 7,40 | 7,62 | 7,86 | 8,12 |
| 1946 | 6,16 | 6,30 | 6,45 | 6,61 | 6,78 | 6,95 | 7,14 | 7,35 | 7,57 | 7,81 | 8,06 |
| 1947 | 6,11 | 6,25 | 6,40 | 6,56 | 6,72 | 6,90 | 7,09 | 7,29 | 7,51 | 7,74 | 8,00 |
| 1948 | 6,07 | 6,21 | 6,36 | 6,51 | 6,68 | 6,85 | 7,04 | 7,24 | 7,46 | 7,69 | 7,94 |
| 1949 | 6,02 | 6,16 | 6,31 | 6,46 | 6,63 | 6,80 | 6,99 | 7,18 | 7,40 | 7,63 | 7,88 |

Pensionskasse

Frauen:

| | Pensionierungsalter | | | | | | | | | | |
|-----------------|---------------------|------|------|------|------|-------------|------|------|------|------|------|
| | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 | 65 | 66 | 67 | 68 | 69 |
| Jahrgang | | | | | | | | | | | |
| 1942 | | | | 7,20 | 7,20 | 7,20 | 7,38 | 7,58 | 7,79 | 8,02 | 8,27 |
| 1943 | | | 6,67 | 6,82 | 6,98 | 7,15 | 7,33 | 7,52 | 7,73 | 7,96 | 8,21 |
| 1944 | | 6,49 | 6,62 | 6,77 | 6,93 | 7,10 | 7,27 | 7,47 | 7,67 | 7,90 | 8,15 |
| 1945 | 6,20 | 6,34 | 6,49 | 6,65 | 6,82 | 7,00 | 7,19 | 7,40 | 7,62 | 7,86 | 8,12 |
| 1946 | 6,16 | 6,30 | 6,45 | 6,61 | 6,78 | 6,95 | 7,14 | 7,35 | 7,57 | 7,81 | 8,06 |
| 1947 | 6,11 | 6,25 | 6,40 | 6,56 | 6,72 | 6,90 | 7,09 | 7,29 | 7,51 | 7,74 | 8,00 |
| 1948 | 6,07 | 6,21 | 6,36 | 6,51 | 6,68 | 6,85 | 7,04 | 7,24 | 7,46 | 7,69 | 7,94 |
| 1949 | 6,02 | 6,16 | 6,31 | 6,46 | 6,63 | 6,80 | 6,99 | 7,18 | 7,40 | 7,63 | 7,88 |

Anhang III

Begriffsbestimmungen

In diesem Reglement werden die folgenden Begriffe verwendet:

| | |
|----------------------------|--|
| <i>AHV:</i> | Eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung |
| <i>BVG:</i> | Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge |
| <i>BVV:</i> | Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge |
| <i>IV:</i> | Eidg. Invalidenversicherung |
| <i>FZG:</i> | Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge |
| <i>Unfallversicherung:</i> | obligatorische Versicherung nach UVG |
| <i>Arbeitgeber:</i> | Gemeinde St. Moritz und angeschlossene Körperschaften, Anstalten und Unternehmungen (Art. 1.2, Abs. 3) |
| <i>Arbeitnehmer:</i> | Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Arbeitgeber |
| <i>Kasse:</i> | Pensionskasse der Gemeinde St. Moritz |
| <i>Kassenmitglieder:</i> | Versicherte und Rentenbezüger der Kasse |

Inhaltsverzeichnis

| | Seite | |
|-----------------------------------|---------------------------------------|---|
| 1. Allgemeine Bestimmungen | | |
| Art. 1.1 | Name und Sitz | 1 |
| Art. 1.2 | Zweck | 1 |
| Art. 1.3 | Verhältnis zum BVG | 2 |
| Art. 1.4 | Verhältnis zur AHV/IV | 2 |
| 2. Mitgliedschaft | | |
| Art. 2.1 | Obligatorium | 2 |
| Art. 2.2 | Risikoversicherung, Vollversicherung | 3 |
| Art. 2.3 | Beitrittsregelung | 3 |
| Art. 2.4 | Auskunfts- und Meldepflicht | 3 |
| Art. 2.5 | Austritt | 4 |
| Art. 2.6 | Wiedereintritt | 5 |
| Art. 2.7 | Beurlaubung | 5 |
| Art. 2.8 | Versicherungsausweis, Information | 5 |
| Art. 2.9 | Austritt eines Arbeitgebers | 6 |
| 3. Bemessungsgrundlagen | | |
| Art. 3.1 | Alter | 6 |
| Art. 3.2 | Jahreslohn | 6 |
| Art. 3.3 | Versicherte Besoldung | 6 |
| Art. 3.4 | Altersguthaben und Altersgutschriften | 7 |

4. Finanzierung

| | | |
|----------|---|----|
| Art. 4.1 | Jahresbeiträge | 8 |
| Art. 4.2 | Eingebrachte Freizügigkeitsleistungen/ Einkaufssumme | 9 |
| Art. 4.3 | Zahlungsregelung | 9 |
| Art. 4.4 | Zuwendungen | 10 |
| Art. 4.5 | Zusätzlicher Aufwendungen gemäss BVG | 10 |
| Art. 4.6 | Ausserordentliche Aufwendung der Arbeitgeber | 10 |
| Art. 4.7 | Garantie | 10 |

5. Anspruch auf Leistungen

| | | |
|----------|--|----|
| Art. 5.1 | Allgemeine Festsetzung | 10 |
| 5.1.1 | Art der Leistungen | 10 |
| 5.1.2 | Fälligkeit, Auszahlungsart | 11 |
| 5.1.3 | Abtretung, Verpfändung, Verrechnung | 12 |
| 5.1.4 | Vorbezug für Wohneigentum | 12 |
| 5.1.5 | Überversicherung | 12 |
| 5.1.6 | Ansprüche gegen haftpflichtige Dritte | 13 |
| 5.1.7 | Kürzung der Leistung bei schwerem Verschulden | 13 |
| 5.1.8 | Teuerungszulagen an Rentenbezüger | 14 |
| Art. 5.2 | Altersrenten | |
| 5.2.1 | Anspruch im Rücktrittsalter | 14 |
| 5.2.2 | Höhe der Altersrente | 14 |
| 5.2.3 | Aufschub der Alterspensionierung | 14 |
| 5.2.4 | Vorzeitige Alterspensionierung | 15 |
| 5.2.5 | AHV-Überbrückungsrente | 15 |

| | | |
|----------|---|----|
| Art. 5.3 | Invalidenrenten | 16 |
| 5.3.1 | Invaliditätsbegriff | 16 |
| 5.3.2 | Vollinvalidität | 16 |
| 5.3.3 | Teilinvalidität | 17 |
| 5.3.4 | Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit | 17 |
| 5.3.5 | Kontrolluntersuchung | 18 |
| 5.3.6 | Ende des Anspruchs | 18 |
| 5.3.7 | Besondere Anspruchsvoraussetzungen | 18 |
| Art. 5.4 | Ehegattenrenten | 18 |
| 5.4.1 | Anspruch auf Ehegattenrente | 18 |
| 5.4.2 | Höhe der Ehegattenrente | 19 |
| 5.4.3 | Wiederverheiratung | 19 |
| 5.4.4 | Lebenspartnerrente | 19 |
| 5.4.5 | Eingetragene Partnerschaft | 20 |
| Art. 5.5 | Waisen- und Kinderrenten | 20 |
| 5.5.1 | Anspruch auf Waisenrenten | 20 |
| 5.5.2 | Anspruch auf Kinderrenten | 21 |
| 5.5.3 | Höhe der Waisen- und Kinderrenten | 21 |
| Art. 5.6 | Todesfallsummen | 21 |
| 5.6.1 | Anspruch auf die Todesfallsumme | 21 |
| 5.6.2 | Höhe der Todesfallsumme | 22 |
| Art. 5.7 | Freizügigkeitsleistungen | 23 |
| 5.7.1 | Höhe der Freizügigkeitsleistung | 23 |
| 5.7.2 | Erfüllung der Freizügigkeitsleistung | 23 |

6. Vermögen und finanzielles Gleichgewicht

| | | |
|----------|-------------------------------------|----|
| Art. 6.1 | Deckungsmittel | 24 |
| Art. 6.2 | Vermögensanlagen | 24 |
| Art. 6.3 | Rechnungsführung | 25 |
| Art. 6.4 | Verwaltungskosten | 25 |
| Art. 6.5 | Versicherungstechnische Überprüfung | 25 |
| Art. 6.6 | Ausserordentliche Verhältnisse | 26 |
| Art. 6.7 | Sanierungsmassnahmen | 26 |
| Art. 6.8 | Teilliquidation | 27 |

7. Organisation und Verwaltung

| | | |
|----------|---|----|
| Art. 7.1 | Organe | 28 |
| Art. 7.2 | Gemeinderat | 28 |
| Art. 7.3 | Kassenkommission | 28 |
| | 7.3.1 Zusammensetzung, Wahlverfahren | 28 |
| | 7.3.2 Konstituierung, Amtsdauer und Beschlussfassung | 28 |
| | 7.3.3 Aufgaben | 29 |
| Art. 7.4 | Verwaltung und Rechnungsführung | 29 |
| Art. 7.5 | Kontrolle | 30 |
| Art. 7.6 | Schweigepflicht | 30 |

8. Übergangsbestimmungen per 1. Januar 2011

| | | |
|----------|--|----|
| Art. 8.1 | Versicherte | 30 |
| | 8.1.1 Grundsatz | 30 |
| | 8.1.2 Startguthaben | 31 |
| | 8.1.3 Versicherte Besoldung | 31 |
| | 8.1.4 Besitzstandsgutschriften | 31 |
| | 8.1.5 Leistungen bei Invalidität bzw. vorzeitigem Tod | 32 |
| Art. 8.2 | Rentenbezüger | 32 |

9. Schlussbestimmungen

| | | |
|----------|----------------------|----|
| Art. 9.1 | Lücken im Reglement | 32 |
| Art. 9.2 | Reglementsänderungen | 32 |
| Art. 9.3 | Streitigkeiten | 33 |
| Art. 9.4 | Auflösung | 33 |
| Art. 9.5 | Inkrafttreten | 33 |

Anhang I

| | |
|-----------------|----|
| Einkaufstabelle | 34 |
|-----------------|----|

Anhang II

| | |
|------------------|----|
| Umwandlungssätze | 35 |
|------------------|----|

Anhang III

| | |
|----------------------|----|
| Begriffsbestimmungen | 37 |
|----------------------|----|

